

Die Rolle von Sina Weibo im "Kampf um die öffentliche Meinung" in China

Rauchfleisch, Adrian; Mayoraz, Jean-François

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rauchfleisch, A., & Mayoraz, J.-F. (2015). Die Rolle von Sina Weibo im "Kampf um die öffentliche Meinung" in China. In M. Emmer, & C. Strippel (Hrsg.), *Kommunikationspolitik für die digitale Gesellschaft* (S. 121-148) <https://doi.org/10.17174/dcr.v1.7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Empfohlene Zitierung: Rauchfleisch, A., & Mayoraz, J.-F. (2015). Die Rolle von Sina Weibo im „Kampf um die öffentliche Meinung“ in China. In M. Emmer & C. Strippel (Hrsg.), *Kommunikationspolitik für die digitale Gesellschaft* (S. 121-148). doi: 10.17174/dcr.v1.7

Zusammenfassung: Die öffentliche Meinung im Internet gewann für staatliche Akteure in China in den letzten Jahren stark an Bedeutung. Der Staat versucht mittels direkter Regulierung sowie indirekt über Sina Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Dabei steht der kommerziell geführte Microblogging-Dienst Sina Weibo zwischen den Nutzerinteressen und den Interessen des Staates. Hinzu kommt staatliche Propaganda, die von bezahlten Kommentatoren bis hin zu direkter Präsenz auf Sina Weibo reicht. Im vorliegenden Beitrag wird zunächst auf einer Makroebene die Internetregulierung in China und deren Entwicklung skizziert. Am Beispiel der Diffamierung wird in einer juristischen Analyse aufgezeigt, wie die Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung als effizientes Instrument für den Staat dient, um die öffentliche Meinung zu kontrollieren. Des Weiteren wird analysiert, inwiefern Sina als Betreiber der Plattform die staatliche Regulierung durchsetzt. Eine Darstellung der verschiedenen Propagandastrategien rundet diese Analyse ab.

Lizenz: Creative Commons Attribution 4.0 (CC-BY 4.0)

Adrian Rauchfleisch & Jean-François Mayoraz

Die Rolle von Sina Weibo im „Kampf um die öffentliche Meinung“ in China¹

1 Einführung

Das Internet und insbesondere Social-Media-Plattformen haben in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung für die öffentliche Meinung in China gewonnen (Rauchfleisch & Schäfer, 2014). Da der chinesische Staat darauf bedacht ist, möglichst alle Informationsflüsse zu überwachen, sei dies in gedruckter oder digitaler Form, begann er in den letzten zehn Jahren zunehmend Inhalte auf Social-Media-Plattformen zu regulieren. Dabei bedient er sich ganz verschiedener Instrumente, unter anderem auch solchen, mit denen unerwünschte Blogger weggesperrt werden können (The Guardian, 2014). Mittlerweile haben 618 Millionen Chinesen Zugang zum Internet (China Internet Network Information Center, 2014) und insbesondere *Social Networking Services* (SNS) sind von zentraler Bedeutung, obwohl westliche Anbieter wie Facebook oder Twitter erfolgreich geblockt werden (Canaves, 2011). Dafür entstanden inländische Alternativen, von denen der Microblogging-Dienst *Sina Weibo* (im Folgenden: Weibo) mit durchschnittlich 60 Millionen aktiven Usern pro Tag die populärste Plattform ist (Reuters, 2014).

1 Wir bedanken uns bei den zwei anonymen Gutachtern für ihre hilfreichen Anmerkungen und Kommentare. Man-Ying Liao danken wir für ihre Unterstützung bei der Recherche.

Sie wird deshalb in den letzten Jahren auch verstärkt und offiziell vom Staat durch das People's Daily Media Opinion Monitoring Office (2012) beobachtet.

Die Rahmenbedingungen, in denen die *Sina Corporation* (im Folgenden: Sina) operieren muss, unterscheiden sich jedoch aufgrund des politischen Systems markant von westlichen Märkten. Die kommunistische Partei Chinas proklamiert seit Kurzem wieder den „Kampf um die öffentliche Meinung“ (舆论斗争; Qian, 2013), was sich einerseits in der vermehrten Nutzung von Weibo durch staatliche Akteure und andererseits in verschärften Eingriffen in die Online-Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt. „Öffentliche Meinung“ bezieht sich dabei nicht auf die durch Umfragen messbare Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, sondern auf die aggregierten Einstellungen der Bevölkerung zu einem politischen Thema, die sich auf Weibo herauskristallisieren können.

Sina als wirtschaftlicher Akteur mit dem Ziel der Gewinnmaximierung steht in diesem Kontext zwischen der staatlichen Regulierung und den Interessen seiner Nutzerinnen und Nutzer. Als Unternehmen ist Sina auf Werbeeinnahmen angewiesen, die durch hohe Nutzerzahlen und starke Aktivität auf Weibo generiert werden. Obwohl Weibo von Kritikern als unpolitische Unterhaltungsplattform eingestuft wird (Sullivan, 2012), tauchen immer wieder kritische Auseinandersetzungen über politische Sachverhalte unter den am meisten diskutierten Themen auf (Poell, Kloet, & Zeng, 2013). Die starke Regulierung des Internets in China hat nun einen großen Einfluss auf kommerziell geführte Firmen wie Sina, die bestimmte Inhalte auf ihren Plattformen selbst zensurieren müssen. Damit ist die Meinungsfreiheit auch auf der Plattform Weibo bedroht, da Beiträge von Sina-Usern gelöscht werden. Studien zu rechtlichen Einschränkungen in China beziehen sich bisher nur auf klassische Blogs (Wang & Hong, 2010) oder Suchmaschinen (Jiang, 2012). Der Microblogging-Dienst Weibo hingegen wurde noch nicht untersucht, obwohl es eine Plattform ist, auf der sich User bis zu einem gewissen Grad kritisch über politische Themen äußern können (Rauchfleisch & Schäfer, 2014). Hinzu kommt, dass sich Weibo von den bisher analysierten Online-Diensten in seiner Funktionsweise als Social-Media-Plattform stark unterscheidet.

Im Zentrum unserer Analyse steht deshalb die Frage, wie der Staat die öffentliche Meinung auf Weibo zu beeinflussen versucht. Es kann angenommen werden, dass die Internetregulierung einen starken Einfluss auf die Meinungsfreiheit und folglich auf die öffentlich geäußerte Meinung auf Weibo hat. Dabei stellt sich auch die Frage, wie es aus internationaler Sicht um die Rechtmäßigkeit dieser

Regulierung steht. Die Regulierung des Internets hat schließlich auch Auswirkungen auf das Verhalten von Sina selbst. Denn der Einfluss der staatlichen Online-Propaganda hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen: Staatliche Funktionäre haben das Potential von Weibo für sich entdeckt und beschreiben es als einen „kostengünstigen, effizienten, schnellen und Image aufbessernden Kanal“ (People’s Daily Online, 2012).²

Um unsere Forschungsfrage zu beantworten, werden wir zunächst die relevanten Akteure (Staat, Weibo, User) vorstellen und deren Beziehungen untereinander beleuchten (Kapitel 2). Anschließend werden wir auf der Makroebene genauer auf die Internetregulierungsmodelle in China eingehen und verschiedene Konzepte aus der Literatur aufarbeiten (Kapitel 3). Anschließend gehen wir auf die verschiedenen staatlichen Instrumente ein, die einen Einfluss auf die öffentliche Meinung auf Weibo haben können. Dabei werden einerseits in einer juristischen Analyse die rechtlichen Aspekte genauer betrachtet, andererseits aber auch die direkte Präsenz staatlicher Akteure auf Weibo. Speziell auf der Ebene der Internetunternehmen kann eine solche Analyse dazu beitragen, eine Antwort auf die Frage zu geben, inwiefern auf Weibo eine Öffentlichkeit existiert (Habermas, 1993), in der sich User frei über unterschiedliche Themen austauschen können, und ob die Kommerzialisierung des Internets in China durch Firmen wie Sina analog zu den USA (McChesney, 2013) als negative Entwicklung betrachtet werden muss.

2 Die Interessen der verschiedenen Akteure

In der folgenden Analyse werden drei verschiedenen Ebenen (Staat, Sina Weibo und Nutzer) abgedeckt (siehe Abbildung 1). Dabei wird nacheinander auf die verschiedenen Instrumente eingegangen, mit denen der chinesische Staat versucht, Einfluss auf die Meinungsfreiheit und den öffentlichen Diskurs über politische Themen auf Weibo nimmt:

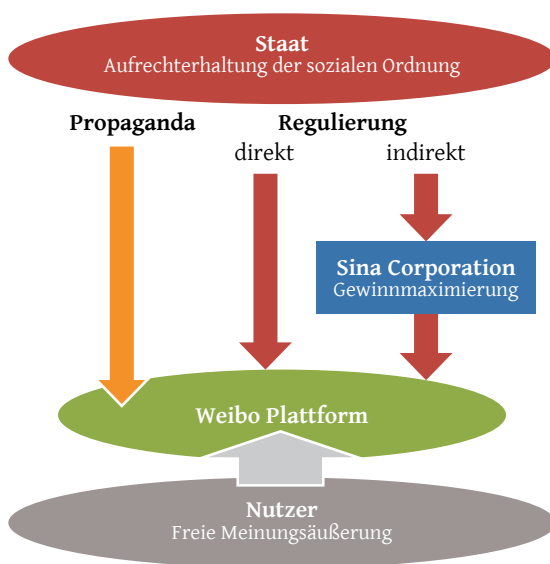
Im *ersten* Schritt wird die staatliche Internetregulierung analysiert, die sowohl Sina als auch die Internetuser direkt betreffen. Die Effektivität der direkten Regulierung der User wird am Beispiel der Diffamierung dargestellt. Dabei liegt der

2 Alle Übersetzungen in dieser Analyse stammen von den Autoren.

Fokus auf der Meinungsfreiheit. Sie stellt eine Grundvoraussetzung für den Austausch und Entwicklung von Meinungen dar (Human Rights Committee, 2011, §2) und ist deswegen zentral für das Zustandekommen der öffentlichen Meinung. Für die Auswahl der relevanten Gesetze und Verordnungen wurde auf den Jahresbericht der Sina Corporation (2013) zurückgegriffen, der alle für Sina relevanten Gesetze auflistet, die eine Gefahr für ihr Geschäftsmodell darstellen. Als NASDAQ-gelistete Firma muss sie alle potentiellen Gewinnwarnungen in ihrem Jahresbericht erwähnen. Diese Regulierung ist für die Meinungsfreiheit insofern relevant, als dass sie die Inhalte auf der Plattform regulieren und einen Einfluss darauf haben, wie Sina mit kritischen Inhalten auf der Plattform umgeht. Es geht also um direkte Regulierungen, die der Staat einsetzt, um Sina und die Bürgerinnen und Bürger zu beeinflussen.

Im zweiten Schritt werden die Auswirkungen der Regulierungen in den Blick genommen. Dabei wird die Zensurpraxis auf Weibo genauer untersucht, indem ein Li-

Abbildung 1: Übersicht über die einzelnen Akteure und Instrumente



Quelle: Eigene Darstellung

teraturreview verschiedener Zensurstudien durchgeführt wird. Mit seiner Zensur der Kommunikation auf Weibo reagiert Sina direkt auf die staatliche Regulierung. Dieser Teil fokussiert also die Beziehung zwischen Sina und seinen Usern.

Im *dritten* Schritt wird schließlich auf die verschiedenen Propagandastrategien des Staates auf Weibo eingegangen, wobei auf offizielle sowie eigens erhobene Daten zurückgegriffen wird. Hier steht also die direkte Beeinflussung der Bürgerinnen und Bürger im Fokus.

Bevor auf die einzelnen Instrumente (und ihre Auswirkungen) eingegangen wird, sollen zunächst die drei Ebenen skizziert werden. Danach folgt eine allgemeine Einleitung ins Thema Internetregulierung, die dann zu der spezifischen Regulierung auf Weibo hinführt.

2.1 *Der chinesische Staat und die öffentliche Meinung*

Der Staat in China ist autoritär strukturiert und strebt hauptsächlich nach der eigenen Machterhaltung, die er des Öfteren als „Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung“ beschreibt. Diese Annahme spiegelt sich zum Beispiel in Chinas jährlichem Sicherheitsbudget wider, das in den letzten drei Jahren das Militärbudget übertroffen hat (Martina, 2014). Die öffentliche Meinung hat in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren stark an Bedeutung zugenommen (Zhao, 2013). Auch Weibo mit seiner Reichweite ist maßgeblich von dieser Entwicklung betroffen und wird von staatlicher Seite als „der Brennpunkt der öffentlichen Meinung“ (People’s Daily Media Opinion Monitoring Office, 2013, S. 11) beschrieben. Deswegen hat auch die Präsenz staatlicher Weibo-Accounts in den letzten Jahren stark zugenommen (People’s Daily Media Opinion Monitoring Office, 2013).

2.2 *Sina und die Gewinnmaximierung*

Sinas Erfolgsgeschichte als kommerziell geführte Internetfirma begann schon 1999 mit der Gründung ihres Online-Portals *sina.com*, das auf die Distribution von Online-Nachrichten spezialisiert ist. Sina war eine der ersten chinesischen Firmen, die im Jahr 2000 an einem ausländischen Aktienmarkt eingetragen wurden, obwohl die Internet-Service-Industrie in China insbesondere bei ausländischen

dischen Investitionen strengen Regulierungen unterliegt (Endeshaw, 2004). Wegen diesen staatlichen Restriktionen entwickelte Sina eine Struktur des *variable interest entity* (VIE), die als „Sina-Model“ bekannt wurde (Roberts & Hall, 2011). Viele andere chinesische Firmen übernahmen diese Struktur, um ausländische Investitionen anzuwerben. Sina ist am NASDAQ als eine auf den Cayman Islands registrierte Firma eingetragen und verfolgt ein *Shareholder Value Modell*, demzufolge es versucht, seine Gewinne zu maximieren.

Kurz vor dem 20. Jahrestag der Studentenproteste auf dem Tian'anmen-Platz wurden im Jahr 2009 Facebook und andere westliche SNS durch eine staatliche Intervention in China gesperrt. Sogar der chinesische Twitter-Klon *Fanfou* wurde vorübergehend ausgeschaltet (Canaves, 2011). Für Sina stellte dieser staatliche Eingriff eine Geschäftsmöglichkeit dar und sie füllten die entstandene Marktlücke mit dem Start von Weibo. Heute ist Weibo eine der populärsten chinesischen SNS mit über 500 Millionen registrierten Accounts und rund 60 Millionen Usern, die den Dienst täglich nutzen (Reuters, 2014; Sina Hubei, 2013).

Weibo kann dabei als ein Mix aus Facebook und Twitter beschrieben werden. Verbindungen können wie auf Twitter unidirektional sein, zusätzlich gibt es aber noch eine Kommentarfunktion, wie sie sich auch auf Facebook findet. Wie bei Twitter sind die Nachrichten jeweils auf maximal 140 Zeichen limitiert, was in der chinesischen Sprache allerdings keine starke Einschränkung darstellt, da einzelne Zeichen jeweils für ein Wort stehen können. Retweets, Likes, Hashtags und Replies sind weitere Elemente, die sich auch auf Twitter und Facebook finden lassen.

2.3 *Sina und die Interessen der User*

Als kommerziell geführte Firma muss Sina die Bedürfnisse seiner User befriedigen, schließlich führt eine hohe Aktivität auf der Plattform zu höheren Werbeeinahmen. Yang (2009) erkannte schon früh die Überschneidung der Nutzerinteressen mit den Interessen kommerziell geführter Firmen: „Between online activism and the market there exists an unusual synergy“ (Yang, 2009, S. 15). Tatsächlich führen manche Kontroversen auch zu mehr Aktivität auf Weibo (Chen, Zhang, & Wilson, 2013), weshalb sie zu einem gewissen Grad von Sina toleriert werden.

Dennoch gibt es einige Forscher, die Weibo kritisch als eine apolitische Plattform beschreiben, auf der die populärsten täglichen Trends Unterhaltung, Klatsch und Tratsch sind (so zum Beispiel Sullivan, 2012). Diesem Befund kann insofern zugestimmt werden, als dass sich viele populäre Themen auf Weibo auf Unterhaltung beziehen; falls sich jedoch ein bedeutsamer Zwischenfall ereignet, landet dieser höchstwahrscheinlich zuoberst auf der Liste der populärsten Themen.³ Gleichwohl konnten Poell et al. (2013) beobachten, dass politisch aufgeladene Themen aus der „Hot Weibo“-Liste verschwanden, obwohl sie der Anzahl der Kommentare und Shares zufolge ganz oben in der Liste hätten erscheinen müssen. Die offizielle Liste von Weibo repräsentiert daher nicht immer die wirklich populärsten Themen; sie wird offenbar manipuliert, um ein Thema bewusst aus dem Fokus der Öffentlichkeit zu nehmen (Custer, 2011). Es liegen bereits einige wenige Studien vor, die das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer im Falle offenkundiger Zensur untersucht haben (zum Beispiel Chen et al., 2013). Dabei zeigte sich, dass die User auch die zensierten Themen weiterdiskutieren und ihre Meinung frei äußern möchten – speziell zu heiklen politischen Themen (Rauchfleisch & Schäfer, 2014).⁴

3 Internetregulierung in China

3.1 Entwicklung

Palfrey (2010) unterscheidet vier Phasen der Entwicklung der Internetregulierung: *open internet*, *access denied*, *access controlled* und *access contested*. Die ersten drei lassen sich auch in China beobachten, wobei die vierte Phase zum momentanen Zeitpunkt noch nicht erkennbar ist:

Die Phase des *open internet* reichte etwa bis zur Jahrtausendwende und zeichnete sich dadurch aus, dass das Internet weitgehend als eine freie Zone aufgefasst wurde und entsprechende Regulierungen fehlten. Das traf auch auf China zu, wo die ersten Regulierungen für das Internet Anfang der 1990er erlassen wurden, sie

3 Die Funktion ähnelt den Trending Topics bei Twitter. Die in Nachrichten am meisten verwendeten Hashtags werden hier ganz oben auf einer gesonderten Liste angezeigt.

4 Auf Weibo lassen sich zahlreiche Diskussionen über Zensur finden. Nutzer tauschen sich auch offen darüber aus, wie mit Zensur am besten umgegangen werden kann.

sich aber nur auf die technischen Standards bezogen. Die Online-Aktivitäten der User waren keinen staatlichen Einschränkungen unterworfen (Tsui, 2003).

Mit dem technischen Fortschritt und der zunehmenden Anzahl an Internetnutzern kamen um die Jahrtausendwende auch die ersten Regeln für Aktivitäten im virtuellen Raum hinzu, was gemäß Palfrey (2010) die Phase des *access denied* einleitete. Charakteristisch hierfür war, dass ausgewählte Informationen im Internet geblockt bzw. herausgefiltert wurden. Im Jahr 1999 erließ das Ministerium für Radio, Film und TV dann die ersten Regeln, die konkret Online-Inhalte betrafen (Creemers, 2014). Von da an entstand in China ein umfassendes Kontrollsystem für Kommunikation im Internet. China unterhält heute noch ein komplexes Filtersystem, um unerwünschte Informationen auszusortieren. Neue technische Entwicklungen ermöglichen jedoch eine Umgehung des Filtersystems, was die Filterung der Online-Inhalte sehr aufwändig macht (Palfrey, 2010).

Mit der Zeit verfeinerten sich deshalb die staatlichen Kontrollmechanismen: Durch die Anwendung verschiedener Instrumente wurde der Zugang zum Internet und zu Informationen gezielter kontrolliert (Phase des *access controlled*). Neben der Filterung und Sperrung von Online-Inhalten bedient sich China vorwiegend anderer Instrumente wie der Vergabe von Lizenzen, Förderung von vermeintlicher Selbstregulierung und Bekämpfung von Online-Kriminalität (Creemers, 2014). Hinzu kam in jüngster Zeit auch die Einführung des Erfordernisses der Registrierung mit realer Identität (Realname Registration), die von den einzelnen Unternehmen durchgesetzt werden muss (Negro, 2013).

Die vierte Phase der Internetregulierung (*access contested*) lässt sich in China bisher noch nicht beobachten. Eine Voraussage zu machen, ob und wann China in diese Phase eintritt, ist aus heutiger Sicht schwierig. Die Nutzerinnen und Nutzer dort sind die staatliche Kontrolle bereits von Beginn an gewohnt, was die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins erschweren kann. Es bleibt daher abzuwarten, ob sie sich in Zukunft für Freiräume im Internet einsetzen werden.

3.2 Regulierungsansätze

Neben dieser chronologischen Betrachtung der Internetregulierung können auch die verschiedenen Regulierungsansätze für das Internet in den Blick genommen werden, mit denen China die Kontrolle über den Informationsfluss

und die rechtliche Regulierung durchzusetzen versucht (Eko, 2001; Solum, 2008). Wie die Entwicklung der Internetregulierung zeigt, verfolgt China im Wesentlichen zwei Regulierungsansätze: Zum einen wird die Kontrolle des Internets als eine nationale Angelegenheit angesehen und manifestiert sich deshalb in entsprechenden Gesetzen. Zum anderen wird auf die „Selbstregulierung“ der Unternehmen im Rahmen ihrer Industrieverbände gesetzt.

Gesetzliche Regulierung

In erster Linie übt der chinesische Staat seine Kontrolle über das Internet mit Hilfe rechtlicher Regulierungsmaßnahmen aus (*rule of law*; Information Office of the State Council, 2010). Der Rechtsstaat ist in China jedoch schwach ausgeprägt; es ist oft unsicher, ob und wie bestimmte Gesetze um- bzw. durchgesetzt werden (Lawrence & Martin, 2013). Diese Unsicherheit betrifft auch und insbesondere die verfassungsrechtlich garantierten Rechte, wie dies später am Beispiel der Meinungsfreiheit gezeigt wird. Ein weiteres Beispiel ist das bereits erwähnte „Sina-Model“, also Strukturen des *variable interest entity* (VIE), die zwar illegal sind, aber in der Praxis bisher dennoch nicht verboten wurden.

Die rechtsstaatlichen Schwächen haben verschiedene Ursachen: Ein Faktor ist die Haltung der Kommunistischen Partei (im Folgenden: Partei) gegenüber ihren eigenen Gesetzen. Die Partei dominiert den chinesischen Staat, indem sie nahezu alle Sitze im Parlament besetzt und die meisten Ämter in den staatlichen Institutionen innehat. Dies ist typisch für das duale Staatssystem in China: Auf der einen Seite legt die Partei die Gesetze fest auf der anderen Seite ist der Staat für die Umsetzung zuständig (Lawrence & Martin, 2013). Entsprechend beschränkt sich die Partei durch ihre eigene Gesetzgebung nicht selbst. Für sie bildet das Recht eher ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele (*rule by law*; Lawrence & Martin, 2013).

Zudem weist auch die Gesetzgebung große Schwächen auf: So gab es nach der Jahrtausendwende eine Vielzahl neuer Erlasse, die ganz verschiedene Aspekte des Internets regulierten (Yang, 2013). Diese Entwicklung hält bis heute an, der Umfang der Regulierungen ist dementsprechend nur noch schwer zu überblicken. Zudem sind die Gesetze oft unklar und vage formuliert (Endeshaw, 2004). Diese Mängel in der Rechtssetzung sowie das mangelnde Bewusstsein für Rechtsstaatlichkeit bei der Partei sorgen als Konsequenz für eine Schwächung der Rechtssicherheit in China. Dies erschwert für Internetunternehmen das operative Geschäft, da sie

nur schwer einschätzen können, welche Aktivitäten eine allfällige Haftung auslösen könnten (Sina Corporation, 2013). Aus Sicht des Staates ist diese fehlende Rechtssicherheit jedoch von Vorteil, da er auf diese Weise die Kontrolle über das Internet behält (Solum, 2008). Durch uneindeutige Gesetze und schwache Gerichte erhalten die Behörden einen weiten Ermessensspielraum. So können sie beispielsweise weitgehend frei entscheiden, welche Informationen als Staatsgeheimnis (*state secrets*) qualifiziert werden und deren Verbreitung untersagen bzw. unter Strafe stellen. Der weite Ermessensspielraum verhindert dabei eine gerichtliche Überprüfung der Behördenentscheide (Human Rights in China, 2007).

Vermeintliche Selbstregulierung in China

Neben dem Erlass von rechtsverbindlichen Regeln legt die Regierung nach eigenen Angaben Wert auf eine „Selbstregulierung“ der Internetfirmen (Information Office of the State Council, 2010). Die bedeutendste private Organisation für chinesische Unternehmen in der Internet-Industrie ist die *Internet Society of China* (ISC), die aus über 400 Mitgliedern (Internetfirmen, Universitäten etc.) besteht. Die Eigenständigkeit der ISC ist jedoch umstritten. Im Sinne einer Selbstregulierung werden im Rahmen dieser Organisation Konventionen verabschiedet, die die Internetfirmen dazu anhalten sollen, sich an die Gesetze zu halten (Internet Society of China, 2004). Obwohl diese Konventionen offiziell nicht bindend sind, wirken sie sich bei Lizenzvergaben *de facto* wie eine Vorbedingung aus (Creemers, 2014): Wer sich nicht an die Deklarationen hält, könnte also Schwierigkeiten haben, eine notwendige Lizenz für sein Internetgeschäft zu erhalten. Die ISC untersteht zudem der staatlichen Aufsicht durch das Ministerium für Zivile Angelegenheiten und unter dem Einfluss des Ministeriums für Industrie und Informationstechnologie (Internet Society of China, 2004, Art. 4). In der Literatur wird die ISC daher als ein weiteres Instrument des Staates zur Durchsetzung seiner Regeln gesehen und weniger als eine eigenständige und unabhängige Organisation (Creemers, 2014; Endeshaw, 2004).

Insofern ist fraglich, ob „Selbstregulierung“ zur Beschreibung dieses Regulierungsansatzes wirklich passend ist. Dieser Begriff wird in China, wie auch im Westen, häufig ungenau verwendet, eine allgemein gültige Definition fehlt. Die Ansicht, dass unter Selbstregulierung nur diejenigen Regulierungen fallen, in denen alle Elemente von der Normsetzung bis zur Durchsetzung ohne staatliche

Eingriffe selber erschaffen wurden, wäre noch zu kurz gegriffen (Price, Verhulst, & Morgan, 2013). Im Rahmen einer Selbstregulierung ist ein gewisser Einfluss des Staates auf die Regelsetzung vorhanden, dennoch darf unseres Erachtens davon ausgegangen werden, dass der Inhalt der Regeln im Wesentlichen durch die nicht-staatlichen Akteure selbst (*bottom-up*) geformt wird (Baldwin, Cave, & Lodge, 2012). Huyse und Parmentier (1990) unterscheiden dabei nach der Intensität der staatlichen Beteiligung: Sie kann sich zum Beispiel auf die Festlegung von formellen oder inhaltlichen Rahmenbedingungen beschränken oder gar private Regeln übernehmen und als allgemein verbindlich erklären. Im Falle der ISC scheint es jedoch, dass sie lediglich die bestehenden Gesetzesvorgaben in die eigenen Deklarationen übernimmt und die Gesetze dadurch für die Mitglieder auch im Rahmen dieser privaten Organisation verbindlich werden. Es handelt sich somit um einen Top-down-Prozess, in dem der Staat die wesentlichen Inhalte der Selbstregulierung bereits bestimmt hat. Es wäre deshalb treffender, von einer *indirekten Regulierung* zu sprechen, in der die ISC als Intermediär zwischen dem Staat und der Internetfirmen fungiert.

3.3 Zwischenfazit

Die chinesische Internetregulierung ist vom Willen des Staates gekennzeichnet, die Online-Kommunikation möglichst umfassend zu kontrollieren. Die Regulierungsmodelle von Solum (2008; Model of National Regulation and Law) und Eko (2001; Gateway Model of Internet Regulation) umschreiben dabei die entsprechenden Regulierungsansätze in China zum jetzigen Zeitpunkt am besten. Hinter dem Ansatz der „Selbstregulierung“ steht dabei eine direkte *Top-down*-Regulierung.

4 Regulierung von Inhalten im Lichte des Rechts auf freie Meinungsäußerung

Im vorangehenden Kapitel wurde dargelegt, dass die Regulierung über das Recht ein wichtiger Ansatz in der chinesischen Internetregulierung darstellt. Der Staat will damit die öffentliche Meinung auf SNS mittels Rechtserlasse beeinflus-

sen bzw. kontrollieren. Als Konsequenz daraus wird die freie Meinungsäußerung der Nutzerinnen und Nutzer im Internet eingeschränkt oder zumindest tangiert. Daher bietet sich eine juristische Würdigung der chinesischen Internetregulierung im Lichte des Rechts auf freie Meinungsäußerung nach dem international anerkannten Verständnis an. Als Beispiel dient uns der Straftatbestand Diffamierung nach Artikel 246 des chinesischen Strafgesetzbuches.

4.1 *Überblick über das Recht auf freie Meinungsäußerung*

Die Meinungsfreiheit ist eines der bedeutendsten Menschenrechte und dient als Grundlage für die Ausübung und Durchsetzung weiterer Menschenrechte (zum Beispiel die Versammlungsfreiheit und die Ausübung politischer Rechte; Human Rights Committee, 2011). Sie wird international in erster Linie durch Artikel 19 des Internationalen Paktes über die Bürgerlichen und Politischen Rechte (UNO-Pakt II; United Nations, 1976) garantiert. China hat den UNO-Pakt II zwar 1998 unterzeichnet, seither aber keine weiteren Schritte zur Ratifikation des Vertrages unternommen. Obwohl China mit der Paraphierung den Vertragstext grundsätzlich anerkennt, ist es durch die mangelnde Ratifikation nicht an den Vertrag gebunden (McDade, 1985). Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird jedoch auch in Artikel 35 der Verfassung Chinas anerkannt (National People's Congress, 2004). Artikel 41 der Verfassung manifestiert zudem explizit das Recht der Bürgerinnen und Bürger, die staatlichen Organe und Funktionäre zu kritisieren bzw. Verbesserungsvorschläge einzubringen. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass der UNO-Pakt II von einer großen Anzahl Staaten ratifiziert wurde, rechtfertigt sich eine Analyse auf der Grundlage von Artikel 19 UNO-Pakt II, der uns hier als internationaler Maßstab dienen soll.

Artikel 19 im UNO-Pakt II schützt jegliche Form der Kommunikation. Die Reichweite von Artikel 19 ist daher sehr weit und erfasst alle Arten von Informationen, die irgendwie kommuniziert werden. Der weite Schutzbereich von Artikel 19 gilt jedoch nicht absolut, weil berechnigte Interessen wie zum Beispiel die Integrität anderer Personen oder die Sicherheit des Staates entgegenstehen können (Moeckli, Shah, & Sivakumaran, 2014). Deshalb kann das Recht auf freie Meinungsäußerung unter gewissen Voraussetzungen eingeschränkt werden (Human Rights Committee, 2011). Diese Voraussetzungen sind in Artikel 19, Absatz 3

formuliert: So bedarf es einer gesetzlichen Grundlage, einem öffentlichen Interesse und der Verhältnismäßigkeit. Das öffentliche Interesse wird in Artikel 19, Absatz 3, Lit. a und b näher ausgeführt und gilt als abschließend (Human Rights Committee, 2011). Es handelt sich namentlich um den Schutz der Rechte Anderer und um den Schutz der nationalen Sicherheit, öffentlichen Ordnung und Gesundheit sowie Moral. Steht eine Maßnahme im öffentlichen Interesse, so muss sie des Weiteren notwendig und verhältnismäßig sein. Insgesamt ist bei der Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung jedoch Vorsicht geboten, da die Gefahr besteht, dass die vorgebrachten Rechtfertigungsgründe dieses Freiheitsrecht aushöhlen könnten (Moeckli et al., 2014).

Auch die chinesische Verfassung beschränkt das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dies geschieht allerdings nicht in der gleichen Form wie in Artikel 19. Einschränkungen finden sich in den Artikeln 51 bis 55, in denen den Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich die Pflicht auferlegt wird, die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung zu wahren bzw. nicht zu gefährden. Auffallend dabei ist, dass die chinesische Verfassung bei der Einschränkung von Freiheitsrechten keine Verhältnismäßigkeitsprüfung kennt.

4.2 Diffamierung in Sozialen Medien als Grund zur Einschränkung der Meinungsfreiheit

Ein möglicher und in China oft vorgebrachter Grund zur Einschränkung der Meinungsfreiheit stellt die Diffamierung dar. Unter Diffamierung wird generell eine Aussage verstanden, die gezielt die Reputation der betroffenen Person in der Öffentlichkeit schädigen soll (Smith, 2002). Es ist allgemein anerkannt, dass Normen betreffend Diffamierung auch im Kontext von SNS gelten (Herbeck, 2013). Die zivilrechtlichen und insbesondere strafrechtlichen Konsequenzen, die solche Äußerungen nach sich ziehen können, schränken eine freie Meinungsäußerung grundsätzlich ein.

Öffentliche Beleidigungen, üble Nachrede und die Verbreitung von Falschinformationen, um Personen zu schädigen, sind in China nach Artikel 246 des chinesischen Strafgesetzbuches strafbar (National People's Congress, 1997). Schwerwiegende Fälle von Diffamierungen werden offiziell, das heißt ohne Antrag durch die betroffene Person, vom Staat verfolgt und mit bis zu drei Jahren Gefängnis

bestraft. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass strafrechtliche Verfolgungen infolge von Anschuldigungen der Diffamierung international rückläufig sind (Moeckli et al., 2014).

Das höchste Gericht Chinas hat sich im September 2013 in einer aufsehenerregenden Auslegung zu Artikel 246 zum Begriff „schwerwiegende Fälle“ (The Supreme People’s Court of China, 2013) im Bereich der Sozialen Medien geäußert (Human Rights Watch, 2013). Es hielt fest, dass diffamierende Anzeigen, die auf Microblogs oder anderen sozialen Medien erfolgen, als schwerwiegende Fälle beurteilt werden, wenn diese Aussagen entweder 5.000 Mal angezeigt oder 500 Mal geteilt wurden. Somit stellt sich die Frage, inwiefern diese Auslegung aus Sicht von Artikel 19 im UNO-Pakt II einen Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung darstellt. Dabei bleibt die Frage, wie ein Gericht im Einzelfall eine Aussage als diffamierend wertet, außen vor. Problematisch ist vor allem, dass als diffamierend qualifizierte Aussagen aufgrund der neuen höchstrichterlichen Auslegung wohl zu Unrecht als schwerwiegende Fälle behandelt werden und damit die freie Meinungsäußerung weiter eingeschränkt wird.

Mit der Verankerung der Diffamierung in Artikel 246 des chinesischen Strafgesetzbuches besteht eine gesetzliche Grundlage zur Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Sinn und Zweck eines strafrechtlichen Diffamierungstatbestandes ist der Schutz der Rechte anderer Personen. Dies entspricht einem öffentlichen Interesse, das in Artikel 19, Absatz 3, Lit. a im UNO-Pakt II erwähnt ist. Unter Berücksichtigung der erwähnten Interpretationsleitlinien scheint jedoch die Verhältnismäßigkeit der Anwendung von Artikel 246 im Bereich der sozialen Medien problematisch zu sein. Bei der Verhältnismäßigkeit wird geprüft, ob eine Maßnahme zur Einschränkung der freien Meinungsäußerung geeignet und erforderlich ist sowie ob sie einem überwiegenden öffentlichen Interesse dient (Human Rights Committee, 2011). Beim Letzteren ist eine Abwägung zwischen dem privaten Interesse an der freien Meinungsäußerung und dem öffentlichen Interesse am Schutz der Rechte Dritter vorzunehmen.

Fraglich ist also zunächst, ob die Einführung einer numerischen Schwelle für die Schwere der Strafbarkeit geeignet und erforderlich ist, dem oben genannten öffentlichen Interesse zu dienen. Diese Frage kann offen gelassen werden, da hier die Ansicht vertreten wird, dass eine Abwägung zwischen dem privaten und dem öffentlichen Interesse missachtet wird. Bei rund 60 Millionen Usern pro Tag liegt die Schwelle von 5.000 Klicks bzw. 500 Weitergaben verhältnismäßig

niedrig. Wenn ein Beitrag eines Users als diffamierend qualifiziert wird, besteht vor dem Hintergrund dieser numerischen Vorgaben ein großes Risiko, dass der Beitrag zugleich eine schwerwiegende Verletzung von Artikel 246 darstellt. Es ist davon auszugehen, dass viele User dieses Risiko scheuen und im Zweifelsfall auf einen umstrittenen Beitrag verzichten. In der Praxis sieht man dies am markanten Rückgang der Beiträge auf Weibo (The Telegraph, 2014). Daher beurteilen wir die höchstrichterliche Auslegung als eine unverhältnismäßige Maßnahme, das öffentliche Interesse zu schützen, da die privaten Interessen der Nutzerinnen und Nutzer ignoriert wurden.

4.3 Zwischenfazit

China erkennt sowohl in seiner Verfassung als auch durch die Paraphierung des UNO-Pakt II grundsätzlich das Recht auf freie Meinungsäußerung an. Aus Sicht des internationalen Menschenrechtsschutzes besteht allerdings ein Problem darin, dass China bei der Einschränkung dieses Rechts die Verhältnismäßigkeit außer Acht lässt. Damit erhält der Staat ein effektives Instrument bei der Steuerung der öffentlichen Meinung, da er die privaten Interessen ignorieren kann. In der Praxis bestätigt sich dies, indem die Verfolgung von Microbloggern aufgrund von angeblich diffamierenden Aussagen ein effektives Instrument zu sein scheint (The Guardian, 2014). Die neue höchstrichterliche Auslegung vereinfacht zudem die Qualifikation einer diffamierenden Aussage als ein schwerwiegender Fall und ermöglicht es den Behörden dadurch, die Taten von sich aus zu verfolgen. Zudem können die Gerichte auf dieser Grundlage höhere Strafen fällen.

5 Umsetzung der staatlichen Vorgaben

Aufgrund der in den vorherigen Abschnitten behandelten Regulierungen muss Sina auf seiner Plattform selbst zensieren, da sonst staatliche Eingriffe drohen. In diesem Abschnitt wird der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen die Regulierungen auf das Zensurverhalten von Sina auf Weibo hat. Denn da der Staat jederzeit eingreifen kann, falls Weibo gegen die Regulierungen verstößt, ist Zensur durch Sina auf Weibo eine übliche Praxis. Westliche Plattformen sind

bis heute durch die *Great Firewall of China* geblockt und einheimische Plattformen wie Fanfou wurden in der Vergangenheit sogar ausgeschaltet (Canaves, 2011). Auch auf Weibo wurde 2012 temporär die Kommentarfunktion für drei Tage gesperrt, damit Gerüchte und andere illegale Inhalte gelöscht werden konnten (Chao, 2012).

Eine Reihe von Studien untersuchte bisher die Funktionsweise von Zensur auf Weibo (Bamman, O'Connor, & Smith, 2012; Chen et al., 2013; Fu, Chan, & Chau, 2013; King, Pan, & Roberts, 2013; Zhu, Phipps, Pridgen, Crandall, & Wallach, 2013). Um unsere Forschungsfrage beantworten zu können, analysieren wir diese Studien in Form eines Literaturreviews mit einem speziellen Fokus auf die Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit (siehe Tabelle 1).

- In einer der ersten Studien untersuchten Bamman et al. (2012) den Unterschied zwischen heiklen Themen auf Twitter und Weibo. Dabei stellten sie fest, dass diejenigen Keywords, die in der Suchfunktion von Weibo geblockt wurden, auf Twitter parallel weiterhin lebhaft diskutiert wurden. Außerdem zeigte sich, dass gewisse Regionen wie beispielsweise Tibet stärker von Zensur betroffen sind.
- King et al. (2013) analysierten gleich mehrere SNS in China. Dabei zeigte sich, dass Nachrichten mit Kritik am Staat bis zu einem gewissen Grad zugelassen werden; Nachrichten mit Aufrufen oder mit Kommentaren zu einem öffentlichen Protest hingegen wurden stark zensiert.
- Fu et al. (2013) untersuchten den Einfluss der *Real Name Registration Policy* auf das Verhalten der User auf Weibo. Ein signifikanter Einfluss konnte dabei nicht festgestellt werden. Dieses Ergebnis ist jedoch wenig überraschend, da Sina diese Policy gar nicht aktiv durchsetzt (Sina Corporation, 2013).
- Zhu et al. (2013) untersuchten in ihrer Studie, wie schnell Beiträge zensiert werden. Rund 30 Prozent aller Nachrichten mit heiklem Inhalt werden demnach innerhalb der ersten halben Stunde nach der Veröffentlichung gelöscht. Allerdings gab es auch Anzeichen dafür, dass die Nutzerinnen und Nutzer die Zensur aktiv zu umgehen versuchen, indem sie Synonyme für die zensierten Wörter verwendeten.

Tabelle 1: Übersichtstabelle der Zensurstudien

	Bamman et al., 2012	King et al., 2013	Fu et al., 2013	Zhu et al., 2013	Chen et al., 2013
Plattformen	Weibo & Twitter	Social Media in China	Weibo	Weibo	Weibo
Fokus	Zensierte Themen	Inhalt zensierter Nachrichten	Einfluss der Real Name Registry	Geschwindigkeit der Zensur	Verhalten der User auf Zensur
Methode und Sampling	N = 56,95 Millionen Nachrichten von der Public Timeline; spätere Überprüfung, ob die Nachricht noch existiert	N = 3,67 Millionen Nachrichten von 1.382 verschiedenen Webseiten; Analyse eines Subsamples	N = 111 Millionen Weibo-Nachrichten; Analyse eines Subsamples	N = 2,38 Millionen Nachrichten von gefährdeten 3.500 User-Timelines	N = 36,5 Millionen Nachrichten von 280.250 Usern
Zensurrate	Nachrichten mit heiklen Themen 17,4% zensiert; insgesamt 16,3%	Nachrichten mit heiklen Themen 24% zensiert; insgesamt 13%	Spezifische Keywords werden stärker zensiert	Insgesamt 12% zensiert	Insgesamt 1% zensiert
Meinungsfreiheit Contra	Manche Themen können nicht diskutiert werden	Nachrichten, die zu öffentlichen Protesten aufrufen, werden gelöscht	Manche User schreiben weniger seit der Einführung der Policy	30% aller heiklen Nachrichten werden innerhalb von 5-30 Minuten gelöscht; 90% innerhalb von 24 Stunden	Stars auf Weibo werden stärker zensiert
Meinungsfreiheit Pro	Heikle Keywords sind nur über die Suchfunktion geblockt, sie existieren aber weiter in den Nachrichten	Kritische Nachrichten sind bis zu einem gewissen Grad toleriert	Aggregierte Daten zeigen keinen Einfluss der Real Name Registry Policy	Sina hält eine Balance: Nicht alle Nachrichten mit heiklen Keywords werden gelöscht	Zensur stoppt die Debatten über heikle Themen nicht, die User passen sich aktiv an

- In einer der jüngsten Studien untersuchten Chen et al. (2013), wie User auf Zensur reagieren. Es zeigte sich, dass als Reaktion auf die Zensur spezifischer Keywords Neologismen, Homophone und Homographie verwendet wurden, um die Zensur zu umgehen und weiter über das Thema diskutieren zu können. Zensur kann in extremen Fällen sogar eine Debatte zusätzlich noch anheizen. Eine weitere Erkenntnis war, dass nur Nachrichten inklusive aller angehängten Kommentare gelöscht werden, einzelne Kommentare jedoch nicht.

Die unterschiedlichen Zensurraten in den Studien lassen sich durch die verschiedenen Stichprobenziehungen erklären. Bamman et al. (2012) beobachteten zum Beispiel eine Gesamtrate von 16,3 Prozent, wobei sie sich ebenso wie King et al. (2013) ausschließlich auf Nachrichten mit heiklen Inhalten beschränkten. Chen et al. (2013) stellten in ihrer Stichprobe hingegen eine Zensurrate von lediglich einem Prozent fest. Hierbei handelt es sich wohl um die realistischste Schätzung, da sie auf einer generellen Stichprobe von Weibo-Nachrichten über einen längeren Zeitraum basiert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass auf Weibo zensiert wird, die Nutzerinnen und Nutzer sich darüber aber im Klaren sind und versuchen, diese Zensur zu umgehen. Auch wenn die zeitnahe Zensur sicherlich einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die öffentliche Meinung auf Weibo hat, gelingt es beispielsweise Usern wie Zuoyeben, einem der populärsten User auf Weibo (Sina Technology, 2012), innerhalb kürzester Zeit kritische Nachrichten einem Massenpublikum zugänglich zu machen. So wurde unter anderem sein kritischer Beitrag über den chinesischen Politiker Bo Xilai noch vor der Zensur innerhalb von zwölf Minuten mehr als 2.000 Mal geteilt (Rauchfleisch & Schäfer, 2014).

Bemerkenswert ist in diesem Kontext ein Ergebnis von Zhu et al. (2013): Sie kommen in ihrer Studie zu dem Schluss, dass Sina nur so viel zensiert, um den staatlichen Regulierungsvorgaben zu entsprechen. Denn bei einer zu starken Zensur würden sich die Nutzerinnen und Nutzer wahrscheinlich von Weibo abwenden und auf andere Anbieter ausweichen, obwohl diese den gleichen Regulierungen unterliegen. Trotzdem bleibt es jedem Betreiber selbst überlassen, wie stark er die staatliche Regulierung umsetzt. Das Beispiel Fanfou/Weibo zeigt, dass in kürzester Zeit ein anderer Anbieter eine Marktlücke schließen kann. Entsprechend scheint das Hauptziel der Zensur vor allem der Schutz vor einer Abschaltung der Plattform zu sein, während gleichzeitig versucht wird, den Nutzern eine

Plattform zu bieten, auf der sie sich relativ frei äußern können (Hui & Rajagopalan, 2013). Aus der Sicht des Staates ist die Verwendung der indirekten Regulierung über Sina dementsprechend nur begrenzt effektiv. Auch wenn Weibo nicht ernsthaft als freie Plattform bezeichnet werden kann, so haben die Nutzer dort immerhin einen gewissen Spielraum für freie Meinungsäußerung.

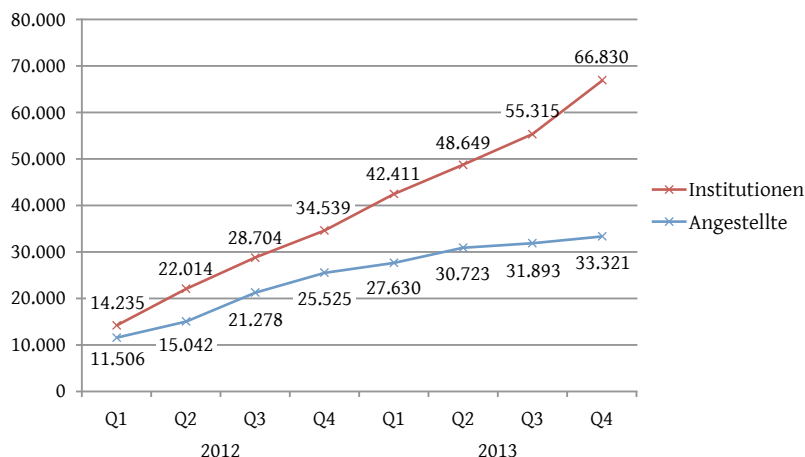
6 Propaganda auf Weibo

Neben der Zensur war Propaganda schon immer ein staatliches Instrument, um die öffentliche Meinung im Internet zu beeinflussen. Mit dem Aufkommen von SNS hat klassische Propaganda jedoch an Wirkung verloren, wie eine experimentelle Studie zeigte (Tang & Huhe, 2014). Eine typische Strategie, die in den letzten acht Jahren deshalb an Bedeutung gewonnen hat, ist der Einsatz bezahlter Online-Kommentatoren, die versuchen, die öffentliche Meinung zu manipulieren (Hung, 2010). Diese so genannte *50 Cent Party* (五毛党)⁵ versucht, im Falle kritischer Ereignisse die öffentliche Meinung zu lenken. Die bezahlten Kommentatoren schätzen ihren Einfluss auf Online-Debatten selbst als sehr groß ein (Ai, 2012). Allerdings ist zu erwarten, dass sich diese Strategie langfristig als ineffizient erweisen wird, da immer wieder neue Fake-Accounts erstellt werden müssen, was den Aufbau von Reputation sowie einer hohen Followerzahl und damit auch die Glaubwürdigkeit der bezahlten Kommentatoren stark einschränkt (Zhang, 2010). Dass sich die Nutzerinnen und Nutzer immer wieder über die Kommentare der *50 Cent Party* beschweren, zeigt, dass zumindest erfahrene User auf Weibo bezahlte Kommentatoren identifizieren können.

Als Reaktion darauf versucht der Staat deshalb, vermehrt offizielle Präsenzen auf Weibo zu etablieren. Der Generalsekretär des *People's Daily Media Opinion Monitoring Office*, Zhu Huaxin, sagt dazu, der Staat habe „das Mikrophon im Internet zurückerobert“ (People's Daily Media Opinion Monitoring Office, 2013). Parteifunktionäre sehen ein großes Potential in Weibo (People's Daily Online, 2012) und mit der starken Wachstumsrate neuer offizieller Accounts in den letzten zwei Jahren (siehe Abbildung 2) scheint diese Strategie auf den ersten Blick auch auf-

5 Der Name ist eine Anspielung auf den Lohn, den sie für jede verfasste Nachricht bezahlt bekommen.

Abbildung 2: Anzahl staatlicher Accounts auf Weibo in den Jahren 2012 und 2013



zugehen. Speziell seit dem 18. *People's Congress* im letzten Quartal 2012 hat die Anzahl der institutionellen Accounts stark zugenommen. Es ist anzunehmen, dass diese Accounts alleine schon aufgrund ihrer großen Anzahl einen starken Einfluss auf die öffentliche Meinung auf Weibo haben werden.

Obwohl die Anzahl staatlicher Weibo Accounts in den letzten zwei Jahren stetig angestiegen ist und staatliche Vertreter die Strategie schon jetzt als großen Erfolg anpreisen, muss sich allerdings erst noch zeigen, ob wirklich eine Weiterentwicklung der unidirektionalen Top-Down-Kommunikation stattgefunden hat, die bisher nur von einem kleinen Publikum wahrgenommen wird.




Vergleich: Erfolg staatlicher Weibo-Accounts

Um exemplarisch zu überprüfen, wie einflussreich offizielle Accounts sind, wurden zwei der erfolgreichsten staatlichen politischen Accounts auf Weibo – der Account des Außenministeriums „Außenpolitik Experte“ (外交小灵通) und der Account des Obersten Volksgerichtshofes (最高人民法院) mit dem Account des populären Users Zuoyeben (作业本) verglichen (siehe Tabelle 2). Analysiert wurden die jeweils 20 letzten Nachrichten der drei Accounts. Dabei zeigte sich, dass

sie sich insbesondere hinsichtlich der Anzahl an Shares und Kommentaren signifikant voneinander unterscheiden. Zuoyebens Nachrichten werden signifikant häufiger geteilt und öfter kommentiert als die Nachrichten der staatlichen Accounts – und das, obwohl diese durchaus viele Follower haben. Demnach gelingt es den staatlichen Accounts nicht, eines der spezifischen Charakteristika von SNS (Viralität) für sich zu nutzen. Stattdessen wird offenbar eine eher traditionelle PR-Strategie verfolgt (Liu, Bjorksten, Shen, & Zhou, 2012).

Eine Analyse der Inhalte zeigt, dass der „Außenpolitik Experte“ in praktisch allen Nachrichten über Besuche ausländischer Würdeträger berichtet. Die am häufigsten geteilte Nachricht sind Neujahrsglückwünsche (204 Shares; 77 Kommentare). Der Oberste Volksgerichtshof veröffentlicht hingegen größtenteils offizielle Mitteilungen des Gerichts. Der am häufigsten geteilte Beitrag bezieht sich hier auf einen Jahresbericht des Gerichts (1.804 Shares; 117 Kommentare).

Tabelle 2: Vergleich zwischen den populärsten Accounts

	Oberster Volksgerichtshof	Außenpolitik- Experte	Zuoyeben
			
Follower	2.075.608	6.494.118	7.579.104
Shares pro Nachricht			
M(SD)	468,60 (414,56)	30,95 (47,59)	8.703,20 (9.463,61)
min; max	122; 1.804	3; 204	1.845; 43.607
(F(2, 57) = 15.96, p< .001)			
Kommentare pro Nachricht			
M(SD)	36,25 (30,43)	12,20 (19,98)	6.186,95 (10.339,68)
min; max	4; 117	0; 77	1.071; 48.177
(F(2, 57) = 7.11, p< .01)			

Anmerkung: n=20, die neusten Nachrichten pro Account erhoben im Januar 2013

Im Gegensatz dazu schreibt Zuoyeben vorwiegend über den Alltag in der chinesischen Gesellschaft, aber es tauchen auch immer wieder politische und kritische Beiträge auf (Sina Technology, 2012). In der Stichprobe finden sich sogar zwei Beiträge, die sich so einzustufen lassen. Beide Nachrichten wurden über 15.000 Mal geteilt und über 5.000 Mal kommentiert. Gerade bei politischen Themen ist der Einfluss von Zuoyeben auf andere User also nicht zu unterschätzen.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass staatliche Akteure in China noch weit davon entfernt sind, mit ihren Weibo-Accounts einen ernst zu nehmenden Einfluss auf die öffentliche Meinung im chinesischen Internet zu nehmen. Die Prognosen der staatlicher Akteure hinsichtlich des Erfolgs ihrer Accounts erscheinen im Lichte dieser Erkenntnis ungerechtfertigt optimistisch.

7 Fazit

Die Analyse der staatlichen Instrumente zeigt, dass die direkte Regulierung ein effektives Instrument sind, um den Informationsfluss zu kontrollieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Der vorliegende Beitrag hat zwar nur die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch die Anschuldigung der Diffamierung in den Blick genommen, ähnliche Überlegungen können aber auch bei Themen der nationalen Sicherheit, Staatsgeheimnissen (Human Rights in China, 2007) oder bei der Einführung von Identitätsnachweisen (Tsui, 2003) angestellt werden. Da China das Recht auf freie Meinungsäußerung grundsätzlich anerkennt, sollten künftige Studien daher gezielt prüfen, mit welchen gesetzlichen Mitteln der Staat dieses Recht einschränkt und wie diese im internationalen Kontext zu beurteilen sind. Daraus könnten sich Erkenntnisse ableiten, ob die hier gezeigte unverhältnismäßige Einschränkung bewusst als Machtinstrument eingesetzt wird, oder ob in China eher das Bewusstsein für einen Interessensausgleich zwischen staatlichen Interessen und Nutzerinteressen fehlt. Letzteres führt schließlich zu der Frage, inwiefern China der Spagat zwischen der Kontrolle der öffentlichen Meinung und der Wahrung des Rechts auf freie Meinungsäußerung gelingen kann.

Um Gewinne zu erzielen, sind Firmen wie Sina auf ihre User angewiesen und können staatliche Eingriffe nur bedingt verkraften. Dies zeigt sich etwa darin, dass die indirekte Regulierung – zum Beispiel durch Selbstzensur oder die *Real Name Registration Policy* – von Sina nicht konsequent durchgesetzt wird. Der Staat

hingegen erschafft eine Atmosphäre der rechtlichen Unsicherheit, was ihm Kontrolle und Macht verleiht. Eine solche rechtlich unsichere Situation erschwert die operativen Bedingungen für kommerziell geführte Firmen in China.

Bezüglich der Propaganda auf Weibo lässt sich festhalten, dass diese Entwicklung noch in den Kinderschuhen steckt, da die Spezifika der SNS noch nicht gezielt genutzt werden. Allerdings stützt sich dieser Befund lediglich auf einen Vergleich von drei Accounts, um einen ersten Einblick zu erhalten. Hilfreich wären dementsprechend weitere Studien mit einer größeren Stichprobe, die die Entwicklung staatlicher Accounts über einen längeren Zeitraum in den Blick nehmen.

Auch wenn sich im chinesischen Internet keine ideale Öffentlichkeit herausbilden kann, so zeigt sich doch, dass zum einen kommerziell orientierte Anbieter wie Weibo gewisse Freiheiten zulassen und die User zum anderen auf die staatlichen Zensurmaßnahmen reagieren und sich entsprechend darauf einstellen. Diese Konstellation steht dabei im Gegensatz zu einem westlich geprägten Verständnis, demzufolge die Kommerzialisierung der Öffentlichkeit eine negative Entwicklung sei (Habermas, 1993; McChesney, 2013). Die Ausgangslage für eine solche Schlussfolgerung ist speziell in autoritären Ländern eine andere als in westlichen. So führt die Kommerzialisierung des Internets in China zu Freiheiten, so lange ein freier und kompetitiver Markt besteht. So existieren mit Tencents Weibo und Weixin subsidiäre SNS, zu denen die Nutzerinnen und Nutzer in China wechseln können, sollte Weibo zu restriktiv werden.

Von solchen Restriktionen betroffen sind insbesondere inländische Firmen, die sich auf den chinesischen Markt konzentriert haben und damit gezwungen sind, sich zwischen den Vorgaben des chinesischen Staates und den Interessen ihrer Nutzer zu bewegen. Westliche Firmen wie Google können den Markt hingegen entweder wieder verlassen oder aber sich den staatlichen Richtlinien in China beugen, da sie außerhalb von China noch andere Einnahmequellen haben. McChesneys (2013) kritische Analyse der Kommerzialisierung des Internets trifft also auf die USA mit ihren Oligopolen zu, in autoritären Ländern führt die Kommerzialisierung jedoch zu positiven Effekten hinsichtlich politischer Freiheiten.

Adrian Rauchfleisch, M.A. ist Doktorand am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung an der Universität Zürich

Jean-François Mayoraz, MLaw ist Doktorand am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Wirtschaftsvölkerrecht an der Universität Zürich

Quellenverzeichnis

- Ai, W. (2012). China's Paid Trolls: Meet the 50-Cent Party. Abgerufen von <http://www.newstatesman.com/politics/politics/2012/10/china%E2%80%99s-paid-trolls-meet-50-cent-party>
- Bamman, D., O'Connor, B., & Smith, N. (2012). Censorship and deletion practices in Chinese social media. *First Monday*, 17(3). doi: 10.5210%2Ffm.v17i3.3943
- Canaves, S. (2011). China's social networking problem. *Spectrum, IEEE*, 48(6), 74-77. doi: 10.1109/MSPEC.2011.5779799
- Chao, L. (2012). Sina, Tencent Shut Down Commenting on Microblogs. Abgerufen von <http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702303816504577314400064661814>
- Chen, L., Zhang, C., & Wilson, C. (2013). Tweeting Under Pressure: Analyzing Trending Topics and Evolving Word Choice on Sina Weibo. In M. Muthukrishnan, A. El Abbadi, & B. Krishnamurthy (Hrsg.), *COSN '13 Proceedings of the first ACM conference on Online social networks* (S. 89-100). New York: ACM.
- China Internet Network Information Center (2014). Jīchǔ shùjù [Basisdaten]. Abgerufen von <http://www.cnnic.net.cn/hlwfzyj/jcsj/>
- Creemers, R. (2014). The Privilege of Speech and New Media: Conceptualizing China's Communications Law in the Internet Era. SSRN. doi: 10.2139/ssrn.2379959
- Custer, C. (2011). Sina Weibo Backs Off on Train Crash Topic. Abgerufen von <http://www.techinasia.com/sina-weibo-backs-off-on-train-crash-topic/>
- Eko, L. (2001). Many Spiders, One Worldwide Web: Towards a Typology of Internet Regulation. *Communication Law and Policy*, 6(3), 445-484. doi: 10.1207/S15326926CLP0603_02
- Endeshaw, A. (2004). Internet Regulation in China: The Never-ending Cat and Mouse Game. *Information & Communications Technology Law*, 13(1), 41-57. doi: 10.1080/1360083042000190634
- Fu, K.-w., Chan, C.-h., & Chau, M. (2013). Assessing Censorship on Microblogs in China: Discriminatory Keyword Analysis and the Real-Name Registration Policy. *Internet Computing, IEEE*, 17(3). doi: 10.1109/MIC.2013.28
- Habermas, J. (1993). *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Herbeck, D. A. (2013). Swimming in Cyber-Cesspools: Defamation Law in the Age of Social Media. In S. J. Drucker & G. Gumpert (Hrsg.), *Regulating social media. Legal and ethical considerations* (S. 44-64). New York et al.: Peter Lang.
- Hui, L., & Rajagopalan, M. (2013). At Sina Weibo's censorship hub, China's Little Brothers cleanse online chatter. Abgerufen von <http://www.reuters.com/article/2013/09/12/us-china-internet-idUSBRE98A18Z20130912>
- Human Rights Committee (2011), General Comment No. 34, Article 19, Freedoms of opinion and expression, CCPR/C/GC/34. Abgerufen von <http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrc/docs/GC34.pdf>
- Human Rights in China (2007). State Secrets: China's Legal Labyrinth. Abgerufen von http://www.hrichina.org/sites/default/files/PDFs/State-Secrets-Report/HRIC_StateSecrets-Report.pdf
- Human Rights Watch (2013). China: Draconian Legal Interpretation Threatens Online Freedom. Abgerufen von <http://www.hrw.org/news/2013/09/13/china-draconian-legal-interpretation-threatens-online-freedom>
- Hung, C.-F. (2010). China's Propaganda in the Information Age: Internet Commentators and the Weng'an Incident. *Issues and Studies*, 46(4), 149-180.
- Huyse, L., & Parmentier, S. (1990). Decoding codes: The dialogue between consumers and suppliers through codes of conduct in the European Community. *Journal of Consumer Policy*, 13(3), 253-272. doi: 10.1007/BF00411510
- Information Office of the State Council (2010). The Internet in China. Abgerufen von <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/UN-DPADM/UNPAN042565.pdf>
- Internet Society of China (2004). By-law for Internet society of China. Abgerufen von http://www.isc.org.cn/english/About_Us/Bylaw/
- Jiang, M. (2012). Internet companies in China: Dancing between the party line and the bottom line. *Asie. Visions*, 47. Abgerufen von http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1998976
- King, G., Pan, J., & Roberts, M. E. (2013). How Censorship in China Allows Government Criticism but Silences Collective Expression. *American Political Science Review*, 107(02), 326-343. doi: 10.1017/S0003055413000014
- Lawrence, S. V., & Martin, M. F. (2013). Understanding China's Political System. Abgerufen von <https://www.fas.org/sgp/crs/row/R41007.pdf>

- Liu, S., Bjorksten, J., Shen, F., & Zhou, J. (2012). Creating a Weibo That Supports Your Business. MSL China Executive Whitepaper. Abgerufen von <http://de.slideshare.net/mslgroup/creating-a-weibo-that-supports-your-business>
- Martina, M. (2014). China withholds full domestic-security spending figure. Abgerufen von <http://www.reuters.com/article/2014/03/05/us-china-parliament-security-idUSBREA240B720140305>
- McChesney, R. W. (2013). *Digital disconnect: How capitalism is turning the Internet against democracy*. New York: New Press.
- McDade, P. V. (1985). The Interim Obligation between Signature and Ratification of a Treaty: Issues raised by the recent actions of signatories to the Law of the Sea Convention with respect to the mining of the deep seabed. *Netherlands International Law Review*, 32(1), 5-47. doi: 10.1017/S0165070X00010603
- Moeckli, D., Shah, S., & Sivakumaran, S. (2014). *International Human Rights Law* (Second Edition). Oxford: Orxford University Press.
- National People's Congress (2004). Constitution of the People's Republic of China. Abgerufen von http://npc.gov.cn/englishnpc/Constitution/node_2825.htm
- National People's Congress. (1997). Criminal Law of the People's Republic of China. Abgerufen von http://www.npc.gov.cn/englishnpc/Law/2007-12/13/content_1384075.htm
- Negro, G. (2013). Chinese Real Name Registration: Story of an Official Exigency. SSRN. doi: 10.2139/ssrn.2258604
- Palfrey, J. (2010). Four Phases of Internet Regulation. *Social Research*, 77(3), 981-996.
- People's Daily Media Opinion Monitoring Office (2012). 2012 nián xīnlàng zhèngwù wēibó bàogào [2012 Sina Regierungsangelegenheiten Microblogging-Bericht]. Abgerufen von <http://vdisk.weibo.com/s/jCK7L>
- People's Daily Media Opinion Monitoring Office (2013). 2013 nián xīnlàng zhèngwù wēibó bàogào [2013 Sina Regierungsangelegenheiten Microblogging-Bericht]. Abgerufen von http://vdisk.weibo.com/s/A-q4TgwjBi_a
- People's Daily Online (2012). Rénmín rìbào diǎnpíng yúqíng jiāncè shì niándǐ zhèngwù wēibó bàogào [People's Daily Media Opinion Monitoring Office Regierungsangelegenheiten Microblogging-Bericht Jahresende]. Abgerufen von http://opinion.scdaily.cn/jdwp/content/2012-12/06/content_4419680.htm?node=3505
- Poell, T., de Kloet, J., & Zeng, G. (2013). Will the real Weibo please stand up? Chinese online contention and actor-network theory. *Chinese Journal of Communication*, 7(1), 1-18. doi: 10.1080/17544750.2013.816753

- Qian, G. (2013). Parsing the “public opinion struggle”. Abgerufen von <http://cmp.hku.hk/2013/09/24/34085/>
- Rauchfleisch, A., & Schäfer, M. S. (2014). Multiple public spheres of Weibo: a typology of forms and potentials of online public spheres in China. *Information, Communication & Society*, 18(2), 1-17. doi: 10.1080/1369118X.2014.940364
- Reuters (2014). Sina says Weibo daily active users up 4 pct to 61.4 million. Abgerufen von <http://www.reuters.com/article/2014/02/25/sina-results-users-idUSB9N0LF00W20140225>
- Roberts, D., & Hall, T. (2011). VIE Structures in China: What You Need to Know. Abgerufen von http://iis-db.stanford.edu/evnts/6963/TICL_-_VIE_Structures_in_China.pdf
- Sina Corporation (2013). Sina Corporation Annual Report 2012. Abgerufen von http://corp.sina.com.cn/chn/Annual_Report_2012_Final.pdf
- Sina Technology (2012). xīnlàng wēibó fābù 2012 niándù pándiǎn tuī niándù sān dà rènmén bǎng dān [Sina Weibo veröffentlichte für 2012 drei Ranglisten]. Abgerufen von <http://tech.sina.com.cn/i/2012-12-19/13447902817.shtml>
- Smith, G. J. H. (2002). *Internet law and regulation*. London: Sweet & Maxwell.
- Solum, L. B. (2008). Models of Internet Governance. SSRN. Abgerufen von <http://ssrn.com/abstract=1136825>
- Sullivan, J. (2012). A tale of two microblogs in China. *Media, Culture & Society*, 34(6), 773-783. doi: 10.1177/0163443712448951
- Tang, M., & Huhe, N. (2014). Alternative framing: The effect of the Internet on political support in authoritarian China. *International Political Science Review*, 35(5), 559-576. doi: 10.1177/0192512113501971
- The Guardian (2014). Chinese blogger jailed under crackdown on 'internet rumours'. Abgerufen von <http://www.theguardian.com/world/2014/apr/17/chinese-blogger-jailed-crackdown-internet-rumours-qin-zhihui>
- The Supreme People's Court of China (2013). Zuìgāo rénmin fǎyuàn zuìgāo rénmin jiǎnch áyuàn guānyú bànlǐ lìyòng xīnxī wǎngluò shíshī fēibàng děng xíngshì ànjiàn shìyòng fǎlǚ ruògān wéntí de jiěshì [Der Oberste Volksgerichtshof und die Oberste Staatsanwaltschaft zur Frage des anwendbaren Rechts im Falle von Diffamierung und anderer solcher strafrechtlichen Fälle auf Informationsnetzwerken]. Abgerufen von <http://www.chinacourt.org/law/detail/2013/09/id/146710.shtml>

- The Telegraph (2014). China kills off discussion on Weibo after internet crackdown. Abgerufen von <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/china/10608245/China-kills-off-discussion-on-Weibo-after-internet-crackdown.html>
- Tsui, L. (2003). The Panopticon as the Antithesis of a Space of Freedom: Control and Regulation of the Internet in China. *China Information*, 17(2), 65-82. doi: 10.1177/0920203X0301700203
- United Nations (1976). International Covenant on Civil and Political Rights, 16 December 1966: ICCPR (Treaty Series No. 999). Abgerufen von <http://treaties.un.org/doc/publication/UNTS/Volume%20999/v999.pdf>
- Wang, S. S., & Hong, J. (2010). Discourse behind the Forbidden Realm: Internet surveillance and its implications on China's blogosphere. *Telematics and Informatics*, 27(1), 67-78. doi: 10.1016/j.tele.2009.03.004
- Yang, G. (2009). *The power of the Internet in China: Citizen activism online. Contemporary Asia in the world*. New York: Columbia University Press.
- Yang, G. (2013). Social dynamics in the evolution of China's Internet Content Control Regime. In M. E. Price, S. Verhulst, & L. Morgan (Hrsg.), *Routledge Handbooks. Routledge Handbook of Media Law* (S. 285-302). Abingdon, Oxon [U.K.], New York: Routledge.
- Zhang, L. (2010). Invisible footprints of online commentators. Abgerufen von <http://www.globaltimes.cn/special/2010-02/503820.html>
- Zhao, G. (2013). Cáohuànróng: Wēi bó chéngwéi xiànjīn zhōngguó zuìdà de wǎngluò yúlùn jísàndì [Cao Huanrong: Weibo hat sich zur größten Plattform für öffentliche Meinung im Internet entwickelt]. Abgerufen von <http://media.people.com.cn/n/2013/1204/c120837-23744781.html>
- Zhu, T., Phipps, D., Pridgen, A., Crandall, J. R., & Wallach, D. S. (2013). The Velocity of Censorship: High-Fidelity Detection of Microblog Post Deletions. arXiv preprint, (arXiv:1303.0597). Abgerufen von <http://arxiv.org/abs/1303.0597>